

=====

ACIPSS-newsletter

- collecting intelligence news of today
that will become intelligence history of tomorrow -

=====

nr: 29a / 2009
date: 19 July 2009
from: www.acipss.org
contact: newsletter@acipss.org
ISSN: 1993-4939

Table of contents:

AUSTRIA *SPECIAL*

1685/09 Österreichischer Verfassungsschutzbericht 2009 präsentiert
1686/09 «Spitzel»-U-Ausschuss konstituiert sich
1687/09 derStandard.at-Interview mit Prof. Beer

1685/09 -----

Österreichischer Verfassungsschutzbericht 2009 präsentiert



Mit Spannung erwartet wurde am Freitag die Präsentation des 107 Seiten starken Verfassungsschutzberichtes 2009 (a) zur Sicherheitslage in Österreich. Mit Spannung deshalb, weil einige Andeutungen über den Inhalt Anlass zum am selben Tag eingerichteten parlamentarischen «Spitzel»-Ausschusses geführt haben.

ACIPSS-Newsletter-Kommentar: Vage bis nichtssagend wie der Text der offiziellen online-Präsentation («Der Bericht des Bundesamts für Verfassungsschutz und Terrorismusbekämpfung gibt Aufschluss über aktuelle Trends und Entwicklungen. "Sicherheit gestalten und ein Wir-Gefühl in Österreich entwickeln ist mein Programm. Denn Radikalisierung und Extremismus haben keinen Platz in unserem Land." »), (b) bleibt der Verfassungsschutzbericht 2009 selbst.

Der Bericht liefert zwar einen Überblick über die staatschutzrelevanten Tätigkeitsfelder (Links-, Rechtsextremismus, Militanter Tierschutz, Extremismus und Terrorismus mit Auslandsbezug, Spionageabwehr, Proliferation, Illegaler Waffenhandel, Personen- und Objektschutz sowie Sicherheitsüberprüfungen) des Bundesamtes für Verfassungsschutz und Terrorismusbekämpfung (BVT), wer aber nach Details, Namen und operativen Fakten sucht, wird nicht fündig werden. Im Gegenteil werden sogar explizite Äußerungen in Interviews zurückgenommen bzw. relativiert (siehe unten).

Diese Zurückhaltung ist z.B. im Falle der Wirtschaftsspionage sehr bedauerlich, da zwischen den Zeilen vom erfolgreichen Agieren des BVT zu lesen ist.

Dem Bericht fehlen auch (im Vergleich zu Vorgängerversionen) Organigramme über die Struktur des österreichischen Verfassungsschutzes sowie jeder Hinweis auf die Tätigkeit von Sekten.

- (a) http://www.bmi.gv.at/cms/BMI_Verfassungsschutz/VSB_2009_Online.pdf
- (b) http://www.bmi.gv.at/cms/BMI/_news/BMI.aspx?id=566C664D4B314F35306C673D&page=0&view=1

1686/09 -----

«Spitzel»-U-Ausschuss konstituiert sich

Der sog. «Spitzel»-U-Ausschuss befasst sich wie geplant mit vier Themenkomplexen. Neben der Causa Öllinger-FPÖ sind dies:

- Die versuchte Beeinflussung von Abgeordneten (Vilimsky, FPÖ) durch einen ausländischen Geheimdienst (Kasachstan).
- Maßnahmen der Staatsanwaltschaft gegen Abgeordnete (Peter Westenthaler, Peter Pilz), ohne die Aufhebung ihrer Immunität zu beantragen.
- Die Frage, ob geheime Informationen vom Heeres-Abwehramt weitergegeben worden seien. Diese sollen an die BZÖ-Abgeordneten Ewald Stadler und möglicherweise auch Herbert Scheibner gegangen sein (beide dementieren).

Etwas überraschend kam am Freitag noch ein weiteres Thema dazu: die Frage, ob Herwig Haidinger, der ehemalige Chef des Bundeskriminalamtes, der im Vorjahr schwere Vorwürfe gegen ÖVP-Innenminister gerichtet hatte, von der Polizei überwacht worden sei.

Nicht untersucht wird dagegen die in den vergangenen Tagen diskutierte Frage, wie die E-Mails des grünen Abgeordneten Öllinger in die Hände des freiheitlichen Klubs geraten sind. Dies sei vom Untersuchungsgegenstand nicht gedeckt, sagte Nationalratspräsidentin Barbara Prammer (SPÖ). Die Grünen, die Aufklärung gefordert hatten, akzeptieren nun diese Rechtsansicht.

ACIPSS-Newsletter-Kommentar: Die Untersuchungsthemen des Ausschusses werfen ebenso viele Fragen auf, wie die Etablierung des Ausschusses selbst.

- ad «Spitzel»
Schon die von den Medien und manchen Politikern vorgenommene Kurzbezeichnung «Spitzel»-Ausschuss ist zu kritisieren. In aller Regel handelt es sich bei der Tätigkeit der österreichischen Dienste um Ermittlungen in den Grenzen eines streng legalen Rahmenwerkes. Es kann nicht angehen, dass diese rechtsstaatskonforme Ermittlungs- und Erhebungstätigkeit mit dem Wort «Spitzeln» in Zusammenhang gebracht wird. Festzuhalten ist allerdings, dass sich sowohl die Medien als auch gewisse Politiker sehr wohl das Recht vorbehalten, Informationen über ihnen wichtige Sachverhalte zu sammeln (was sie dann als Recherchen bezeichnen), um dann, sobald sie selbst zum Gegenstand von Untersuchungen (Ermittlungen) werden, von «Bespitzeln» zu reden.
- Zur überraschend schnellen Einsetzung des U-Ausschusses
Für die Öffentlichkeit ging alles sehr schnell, um nicht zu sagen, zu schnell, «Die Presse» sprach von einer «beeindruckenden Blitzaktion». (a) Das nährt den Verdacht, dass die Untersuchungsthemen schon länger – freilich unterhalb der Wahrnehmungsebene von Presse und Öffentlichkeit – geköchelt haben müssen. Wer den Hickhack der Parteien vor anderen Unersuchungsausschüssen noch in Erinnerung hat, kann zu keinem anderen Schluss kommen.
- Die Causa «Westenthaler»
Die Staatsanwaltschaft Wien hat angeblich Rufdaten des BZÖ-Politikers angefordert, der nicht als Verdächtiger, sondern als Zeuge geführt wird. Nun kann man durchaus der Meinung sein, es sei rechtlich unverfänglich,

auch das Umfeld von Zeugen auszuermitteln. Im konkreten Fall dürfte es aber ein Verstoß gegen ein Umgehungsverbot sein: Gewisse Berufs- und Personengruppen sind besonders geschützt (z.B. Ärzte) und dürfen sich auf ein Entschlagungsrecht berufen oder sind – wie Politiker – überhaupt immun. Lehre und ständige Rechtsprechung (in Deutschland sogar positives Recht) verbietet nun in diesen Fällen, etwaiges Hilfspersonal zum gewünschten Sachverhalt zu befragen (= Umgehungsverbot). Führt man nunmehr einen Politiker als Zeugen, statt als Verdächtigen, um auf diese Weise an seine Rufdaten zu gelangen, dann dürfte dies – wie bereits gesagt – ein Verstoß gegen eben dieses Umgehungsverbot sein. Für die Staatsanwaltschaft Wien spricht allerdings das Argument, dass es sich bei diesem (Grenz-) Fall um eine Gesetzeslücke handelt, die zu schließen sich ALLE Politiker (Angehörige von Parlamentsparteien !!) vorgenommen haben.

Rechtlich weiter interessant ist die Frage, ob die bereits im Akt befindlichen Rufdaten verwertet werden dürfen. Dies dürfte eher zu bejahen sein, da in der österreichische Rechtsordnung (im Gegensatz zB zur US-amerikanischen) ein Beweiserlangungsverbot ein Beweisverwertungsverbot in aller Regel nicht nach sich zieht.

- Zur Causa FPÖ vs Grüne

Dieser Bereich betrifft die Vorwürfe der FPÖ gegen den Grünen Karl Öllinger, freiheitliche Abgeordnete bespitzelt zu haben. Konkret hat der Grüne Abgeordnete Öllinger ein in Linz etabliertes IT-Recherchebüro beauftragt, eventuelle online-Verbindungen zwischen FPÖ und Rechtsextremen zu belegen.

Hierzu ist zunächst festzuhalten, dass es das Recht eines jeden Staatsbürgers ist, bei Verdacht einer strafbaren Handlung entweder selbst Ermittlungen anzustrengen oder sich dabei eines Rechtsanwaltes oder eines staatlich konzessionierten Detektivbüros zu bedienen, bevor er diesen Sachverhalt bei Gericht zur Anzeige bringt.

Im konkreten Fall erhält die Sache aber eine in der Tat nachforschungswürdige Facette, denn der Inhaber des besagten IT-Recherchebüros ist im Brotberuf Kriminalbeamter. Gemäß dem österreichischen Beamtendienstrechtsgesetz (BDG) ist jede Nebentätigkeit, erst recht aber jede Nebeneinkunft dem Dienstherrn zu melden. Dass dies erfolgt ist, ist zunächst mal anzunehmen. Ob die vom besagten Unternehmen angepriesenen Leistungen (b) nicht eher dem reglementierten (konzessionspflichtigen) Gewerbe der Berufsdetektive (siehe hierzu § 94, 129, 130 GewO 1994 (GRNov 2002), (Bundesgesetzblatt vom 23. Juli 2002)) zuzuschlagen ist (argumentum «Beweisführung»).

Und es ist die Frage zu klären, ob es Querverbindungen bzw. sachliche Verflechtungen zwischen der KriPo und dem besagten Unternehmen gibt, die FPÖ jedenfalls erhebt einen diesbezüglichen Verdacht.

Grundsätzlich ist festzuhalten, dass es zwar eine schiefe Optik ergibt, aber national durchaus nicht unüblich ist, dass Tatort- und Spurenspezialisten ihre Leistungen als Sachverständige auch Privaten anbieten (so sind etwa die über jeden Zweifel erhabenen kriminalpolizeilichen Spezialisten auf dem Gebiet der Handschriftenuntersuchung auch in der Gutachter- und Sachverständigenliste des Oberlandesgerichtes eingetragen, und somit auch von Privatpersonen beauftragungsfähig).

Politisch darf man allerdings durchaus auch die Frage stellen, was wohl gewesen wäre, wenn ein FPÖ-Politiker einem Detektivbüro den Auftrag gegeben hätte, einen Grün-Politiker entweder zu observieren oder gegen diesen Ermittlungen anzustrengen. Dies fragt sich auch Michael

Fleischhacker von der «Presse»: «Um den Fortschritt für die politische Kultur des Landes zu ermessen, der in diesem U-Ausschuss liegt, muss man sich nur vorstellen, was passiert wäre, wenn die Aktivitäten des Linzer Datendjangos erstmals im Zusammenhang mit einem FPÖ-Auftrag an die Öffentlichkeit gelangt wären: Wir befänden uns gerade mitten in einer ausgewachsenen Gestapo-Debatte.»

- Zur Causa «Einflussnahme eines ausländischen Geheimdienstes auf österreichische Politiker und Medien»

Konkret geht es um den Verdacht, der FPÖ- FPÖ-Generalsekretär Harald Vilimsky habe sich vom kasachischen Geheimdienst instrumentalisieren lassen. (c) Was auch immer an dieser Sache dran sein mag, wird der U-Ausschuss zu klären haben, aber es sagt doch viel, dass der Betroffene selbst Aufklärung durch eben diesen Ausschuss verlangt hat. Bedenklich in diesem Zusammenhang ist nur, dass der Betroffene aus den Medien und nicht etwa vom BVT von diesen Anschuldigungen erfahren hat. Bizarrerweise nimmt in dieser Sache selbst der Grüne Peter Pilz seinen wohl schärfsten politischen Kontrahenten in Schutz: „Mit seiner Kritik am BVT steht Vilimsky nicht allein da: Fast wortgleich hat der Grünen-Sicherheitssprecher Peter Pilz gefragt, warum die Innenministerin Maria Fekter (VP) die freiheitlichen Abgeordneten nicht darüber informiert hat, dass sie in eine kasachische Geheimdienstoperation hineingeraten sein könnten. Da erwarte er sich eine "Schutzreaktion" . Und es sei nicht in Ordnung, dass Abgeordnete aus einem Medienbericht erfahren müssen, was ihnen das BVT vorwirft.“ (d)

Bei dem Vorwurf, auch Medien seien vom kasachischen Geheimdienst gekauft worden sein, musste BVT-Chef Gridling zurückrudern: Gridling hatte ursprünglich davon gesprochen, dass diese Medien „recht fürstlich“ entlohnt worden wären. Auf Nachfrage von Journalisten relativierte er allerdings seine Aussage. Es gebe keinerlei Informationen, ob die Betroffenen die angebotenen „größeren Geldbeträge“ des kasachischen Geheimdienstes auch angenommen hätten. (e)

Recherchen der „Presse“ im Umfeld des BVT ergaben, dass es sich bei den vom Verfassungsschutz Beobachteten nicht um ein elektronisches Medium sowie eine Tages- oder Wochenzeitung handeln soll. Dem Verfassungsschutz dürfte hier vielmehr ein Fachmagazin ins Auge gestochen sein. (f)

Und man darf sich auch die Frage stellen, warum dieses Thema (Beeinflussung) nicht in Zusammenhang mit den angloamerikanischen Diensten (Stichwort: Ex-BVT-Chef Polli) oder mit der Stasi (Stichwort: „Rote Fini“) aufgegriffen worden war.

- Causa „Abwehramt“

Um keinen anderen österreichischen Dienst ranken mehr Gerüchte und damit auch Falschmeldungen, als um das Abwehramtes (AbwA) des Bundesheeres. Dies betrifft schon seine Gründung: Ex-Verteidigungsminister Frischenschlager steht im Rufe, das Heeresnachrichtenamt (HnaA) „zerschlagen“ zu haben, indem er die Abwehr-Abteilung aus dem HNaA herauslöste und über den Aufstellungsstab Abwehramt zum heutigen AbwA formierte. Dabei handelte es sich damals um keine wie auch immer geartete Anlassreaktion, sondern um eine längst überholte Maßnahme, sich den internationalen Standards anzugleichen. Denn in JEDEM Staat ist die Aufklärung von der Spionageabwehr getrennt (Beispiele: UK: MI5 und MI6, BRD: BND und BvV bzw. MAD).

Gleich nach seiner Gründung machte das AbwA durchaus gute Schlagzeilen, va im Rahmen der Ermittlungen zum Lucona-Fall, wo die enormen Leistungen des AbwA zur Aufklärung dieses Falles durch ein Dankschreiben des damaligen U-Richters Tandinger zum sichtbaren Ausdruck kam. Auch international war (und ist) das standing dieses Dienstes erstklassig,

wurde doch der Sachbearbeiter des Lucona-Falles als sachverständiger Zeuge zum Kieler Prozess gegen einen Mitverdächtigen des Udo Proksch gerufen.

An Beliebtheit und Akzeptanz bei Politikern konnte das AbwA allerdings nie dem HNaA das Wasser reichen, das so manchen Außenminister mit erstklassigen Informationen versorgen konnte. So geschehen beim Jugoslawien-Krieg, wo der damalige Außenminister Mock sich auf präzise Analysen und Informationen des HNaA verlassen konnte ... und es das AbwA war, das ihn warnte, er möge doch nicht ebendiese hochsensiblen Informationen am abhörgefährdeten C-Netz-Handy mit seinen Kabinettskollegen besprechen.

Mit anderen Worten: das AbwA (deren Angehörige in der Branche - halb anerkennend, halb verächtlich - als „Oberverdachtschöpfer“ bezeichnet werden) machte sich gehörig unbeliebt, witterte es doch zu oft (und meistens zu Recht) einen politisch unliebsamen Spionagefall (Stichwort „Flying Tigers / Hofmann“), was ja per definitionem seine Aufgabe ist.

Ein weiterer professioneller Aspekt ist weitestgehend unbekannt bzw. wird nicht gehörig gewürdigt: Das AbwA war ursächlich an der fachlichen Aufbauarbeit der Einsatzgruppe zur Bekämpfung des Terrorismus (EBT), der Vorläuferorganisation des nunmehrigen BVT beteiligt, man kann durchaus behaupten, dass dadurch deren „Handwerk“ verfeinert wurde. Der ehemalige Generaldirektor für Öffentliche Sicherheit, Michael Sika, soll mehr als einmal mehr dem AbwA, als seinem eigenen Hause vertraut haben, was sich exemplarisch darin zeigt, dass das AbwA um die Abdeckung der Bergungsaktion der stay-behind-Lager der CIA gebeten wurde ... wo tatsächlich nichts nach außen drang, bis die Aktion erfolgreich abgeschlossen war.

Das AbwA sieht sich derzeit zwei Vorwürfen ausgesetzt. Der erste betrifft mögliche Unterschlagung durch überhöhten Ankauf von Informationen. Was den Medien bestens bekannt ist - worüber aber nichts (mehr) berichtet wird (das „Format“ hatte bereits vor Jahren darüber geschrieben), ist, dass alle Kassen des AbwA bei der Übernahme durch den neuen Leiter GenMjr Schneider, von einem externen (!!!) Auditor überprüft und für korrekt befunden wurden! Mit anderen Worten: Die aktuellen Vorwürfe sind alter Käse in neuer Verpackung!

Etwas diffiziler (und in den Medien derzeit nur als Destillat und somit realitätsverfremdend dargestellt, siehe (g)) sind gewisse interne, aber alte Grabenkämpfe. Was wie eine lahme Ausrede klingt, nämlich „Altlasten“, die „aufgeräumt“ wurden, ist Fakt: Der Vorwurf eines möglichen Informationsabflusses an FPÖ-Politiker liegt ebenfalls Jahre zurück und kann durch die Pensionierung des Betroffenen (der fachlich als unbestritten gilt, sich aber auf persönlicher Ebene aber viele Feinde zu schaffen wusste) als erledigt betrachtet werden. Die jetzigen Vorwürfe sind ebenfalls aufgeköcht und haben mit dem derzeitigen AbwA wenig zu tun.

Cui bono? Ganz objektiv betrachtet kann es für einen gegnerischen Nachrichtendienst nichts Schöneres geben, als wenn sich ein Dienst selbst zerfleischt. Die substanzlose Suche nach einem möglichen KGB-Maulwurf innerhalb der CIA durch den hochgradigen Paranoiker James Jesus Angelton lähmte die CIA auf Jahre hinaus, sehr zur Freude des KGB. Eine Destabilisierungsaktion sollte man also nicht von vornherein ausschließen. Neben der weiteren und sehr profanen Möglichkeit des „Aufkochens“ durch unzufriedene Pensionäre zur Begleichung alter Rechnungen gibt es dann noch die Möglichkeit, dass der hochwahrscheinliche Nachfolger des Leiters des AbwA „verhindert“ werden soll.



Detail am Rande: Auch ACIPSS ist am Rande involviert! Bei einer Gerichtsverhandlung zur Klärung der Frage, ob ein ehemaliger Mitarbeiter des AbwA für die Stasi gearbeitet haben soll, wurde die vierte Ausgabe unseres JIPSS (Vol. 2 2/2008) als Bescheinigungsmittel in das Beweisverfahren eingebracht. Konkret geht es um den Beitrag von Helmut Müller-Enbergs, War das österreichische Abwehramt von der Stasi unterwandert? (S. 109ff.) (h)

- (a) http://diepresse.com/home/meinung/kommentare/leitartikel/494336/index.do?direct=494322&_vl_backlink=/home/politik/innenpolitik/494322/index.do&selChannel
- (b) http://mediencoaching.at/_datenforensik/dienstleistungen.html
- (c) <http://www.kleinezeitung.at/nachrichten/politik/2083977/geheimdienst-wollte-polizisten-medien-kaufen.story>
- (d) <http://derstandard.at/fs/1246542332033/Auftakt-Erste-Ausschuss-Sitzung-in-Spionage-Affaere>
- (e) <http://www.salzburg.com/online/nachrichten/politik/Benutzt-und-ausspioniert-.html?article=eGMmOI8VghdgHYQsnT9GygBmTpGYgTBH4Wiayvs&img=&text=&mode=>
- (f) http://diepresse.com/home/politik/innenpolitik/495981/index.do?direct=495911&_vl_backlink=/home/politik/innenpolitik/index.do&selChannel=
- (g) profil 30/2009, S. 14-19
- (h) http://www.acipss.org/newsletter_archiv/JIPSS_extract_4.pdf
- (i) weitere Medienberichte:
<http://www.wienerzeitung.at/DesktopDefault.aspx?TabID=3858&Alias=wzo&cob=426222>
- (j) <http://derstandard.at/fs/1246542401255/Geheimdienste-Nichts-Konkretes-im-Verfassungsschutzbericht>
- (k) <http://www.salzburg.com/online/homepage/aktuell/Spitzel-U-Ausschuss-droht-arbeitsintensiver-Sommer.html?article=eGMmOI8Vf8ABxz60BxriA7ZNi7hjrrJ5Bh9pfY0&img=&text=&mode=>
- (l) http://diepresse.com/home/politik/innenpolitik/495982/index.do?direct=494078&_vl_backlink=/home/politik/index.do&selChannel=101
- (m) <http://derstandard.at/fs/1246542543070/Sicherheitsrat-gibt-Vorgesmack-auf-den-U-Ausschuss>
- (n) http://diepresse.com/home/politik/innenpolitik/496278/index.do?_vl_backlink=/home/politik/innenpolitik/index.do

1687/09

derStandard.at-Interview mit Prof. Beer



"Es soll darüber diskutiert werden, wie man die Nachrichtendienste effizienter gestalten kann, damit sie das tun, was sie tun sollen: nämlich den Schutz der Bevölkerung im zivilen Bereich und der militärischen Interessen Österreichs im Ausland sicherzustellen", sagt Siegfried Beer, Historiker an der Universität Graz im Interview mit derStandard.at über den Spionage-U-

Ausschuss. Er fürchtet jedoch, dass das "politische Kleingeld" im Vordergrund stehen wird.

<http://derstandard.at/fs/1246542498460/derStandardat-Interview-Es-gibt-ein-falsches-Verstaendnis-von-Geheimnistuerei>

Deadline for application: 21 July 2009

This newsletter is EDITED by Verena Klug and published by www.acipss.org

Disclaimer: ACIPSS reserves the right not to be responsible for the topicality, correctness, completeness or quality of the information provided. Liability claims regarding damage caused by the use of any information provided, including any kind of information which is incomplete or incorrect, will therefore be rejected. Likewise ACIPSS is not responsible for any contents linked or referred to from his pages. If any damage occurs by the use of information presented there, only the author of the respective pages might be liable, not ACIPSS who has linked to these pages. (If sections or individual terms of this statement are not legal or correct, the content or validity of the other parts remain uninfluenced by this fact.) The views expressed in commentaries are those of the author(s) and do not necessarily reflect the official policy, position, or opinions of ACIPSS.

You receive this newsletter in accordance with § 107 (4) Telekommunikationsgesetz (TKG)

To UNSUBSCRIBE send an email message to:
newsletter@acipss.org
with "unsubscribe" in the reference-line

To SUPPORT our newsletter please send an email to
office@acipss.org

Austrian Center for Intelligence, Propaganda and Security Studies (ACIPSS)

Karl-Franzens-Universität Graz
mail: [Attemsgasse 8/III, A-8010 Graz, Austria](mailto:Attemsgasse.8/III, A-8010 Graz, Austria)
tel.: (+43) 316 380 8097
fax: (+43) 316 380 9730
web: www.acipss.org
email: newsletter@acipss.org